

Mürzzuschlag Heute Morgen

Pb.b. An einen Haushalt 17520G86U
Erscheinungsort: Mürzzuschlag, Verlagspostamt 8680

MHM



Nr.: 86 Juni 2006

www.muerzzuschlag.kpoe.at

www.promz.isdrin.at

Information für Mürzzuschlag- Hönigsberg

MHM Gartenfest

Musikprogramm:

Collision
Baraduki
Exclusive



Samstag, 24. Juni '06
ab 14.30 Uhr Mürzzuschlag

Wienerstraße 148

Kinderfest, Grillspezialität, Murauer
Eintritt frei

Mürzzuschlag

Sprechstunde
mit KPÖ-Labg.

Dr. Werner Murgg

Freitag, den 7. Juli 06

14.00 bis 16.30 Uhr

KPÖ Mürzzuschlag
Wienerstraße 148

Tel. 0664 6171317

Betriebskosten-
abrechnung
Obere Bahngasse

In der letzten Ausgabe der MHM berichteten wir über die Rückzahlung der ungerechtfertigten Betriebskosten in der Oberen Bahngasse. Im gegenständlichen Artikel schrieben wir auch, dass die Mietervereinigung keine Fehler feststellte. Dazu erreichte uns eine Stellungnahme der Mietervereinigung, der wir gerne nachkommen.

„Die Mietervereinigung Steiermark hat keine Prüfung der Abrechnung für die Liegenschaft Obere Bahngasse durchgeführt. Es wurden mit der Stadtgemeinde Mürzzuschlag über die Zulässigkeit der Verrechnung von Kosten betreffend Baumschnitt und Kostentragung Rechtsansichten ausgetauscht. Es wurde daher zu keiner Zeit die Richtigkeit bzw. Fehlerhaftigkeit der Abrechnung 2005 festgestellt.“

Wir nehmen dies natürlich zur Kenntnis, fragen uns aber, warum von Gemeindefseite behauptet wurde, dass der Fall geprüft wird.

Gratisparken im
Parkhaus

Die Spatzen pfeifen es schon von den Dächern! Gratis parken im Parkhaus für Insider? Wenn Sie Ihre Parkgebühr vor dem Hinausfahren beim Automaten mit der Bankomatkarte bezahlen, wird von Ihrem Konto nichts abgebucht, und das geht schon lange Zeit so. Wir wollen jetzt natürlich nicht den Gratisparkern dieses einmalige Service vermiesen, - sie können ja nichts dafür(?), aber der Gemeinde entgehen dadurch doch beträchtliche Einnahmen.

Vielmehr ist den Verantwortlichen aber der Vorwurf zu machen, ent-



weder dass sie einigen „Insidern“ das Gratisparken ermöglichen, oder es ist schlichtweg Schlamperei auf Kosten der Allgemeinheit. Neben diesem Kuriosum wird der Problemfall Parkhaus weiterhin Kritikpunkt budgetärer Betrachtungsweise sein, da es nur während der Umbauphase des Stadtplatzes und bei besonderen Anlässen wie zB. der Messe, gut ausgelastet war. Wer quält sich schon gerne durch enge Auffahrten, wenn sowieso dutzende Parkplätze im Umfeld liegen und die gesamte Stadt als Parkplatz verwendet wird und somit ein „Eldorado“ für „Bequeme“ und „Parksünder“ darstellt. Verurteilenswert sind hier allerdings nicht die Autofahrer, die ja nur das Angebot nützen, sondern jene Verantwortlichen, die solche Umstände geschaffen haben.

GR Mag. Wilfried Ledolter

Falsche
Betriebskostenabrechnung

Auch bei dem ÖWG Objekt Stadtplatz 6 gab es eine fehlerhafte Betriebskostenabrechnung. Ein kaputter Zylinder im Schloss seiner Wohnungstür veranlasste einen Mieter die Feuerwehr zu holen. Jeder normal praktisch denkende Mensch hätte einen Schlüsseldienst oder einen Schlosser geholt! Die Feuerwehr bekam von diesem Mieter, - obwohl keine Gefahr in Verzug bestand - den Auftrag ein einbruchssicheres Fenster einzuschlagen. Schaden Euro 3360,-. Um diesen Betrag hätte man auch mit einer Motorsäge die Eingangstür aufschneiden können! Das wäre wahrscheinlich billiger gekommen. Der Gipfel der Präpotenz war jedoch, dass dieser Mieter nun seinen Schaden auf alle Mieter aufteilen wollte. Der Verwalter hatte nichts Besseres zu tun, ohne die Sache zu überprüfen, diese € 3360,- allen 10 Mietern anzulasten. Kostenpunkt pro Mieter Euro 336,-. Erst nach heftigen Protesten von 7 der 10 Mieter und der Androhung einen Rechtsanwalt einzuschalten, wurde der Betrag aus der Betriebskostenabrechnung herausgenommen und als Guthaben fürs nächste Jahr verbucht.

Mag. Degenhart Christina

„Wer nur Freunde hat,
muss keinen Charakter
haben“

Zwischenfall bei der Eröffnung der „Duftwelten“ im Schimuseum:

Nicht bestätigten Meldungen zufolge kam es bei der Eröffnung der Sonderausstellung „Duftwelten“ zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen H.P. Jelinek und Pietro Pizzi, oh pardon, Benno Buzzzi, beim kopflosen Run auf den besten Paparazziplatz zum „Ablichten“ von SPÖ – Granden.

H.P. Jelinek war zwar der „standfestere“, doch wurde seine Kamera vom Teleobjektiv Buzzzis zerstört, was jedoch kein Problem darstellt, da bei einem Budget von 43.000.- € für die Gemeindefzeitung sofort eine neue, bessere, angeschafft werden kann.

n.t.(non testatum)

„Host scho g`hert, im Parkhaus
kounst gratis parken?“

„Jo, i stell mi a schon seit ana Woch`n eini.“

„Warum erst seit ana Woch`n?“

„Na,jo i hob ma erscht jetzt a
Bankomat-Kort`n oangschafft“

„Und bist zfried`n, damit“

„Jo schon, oba i brauchs eigantlich nur fias
Parkhaus- owa deis zohlts si aus!“

Mürzer Stammtisch



24. Juni MHM Gartenfest 2006

Am kommenden Samstag ist es wieder soweit: Das Mürzer „Kult“ Fest schlechthin beinhaltet wieder einmal einige „Highlights“. Das Musikprogramm ist diesmal nicht so auf Blues ausgerichtet, sondern zeichnet sich vielmehr durch unterschiedliche Musikrichtungen aus.

Collision

(www.collision.at)

ist eine 4 köpfige Gruppe aus Wartberg, welche sich nach eigener Aussage vorgenommen hat etwas „Sinnhaftes“ zu machen: Harte, teils ruhige und eigenständige Musik. Erst im Vorjahr zusammen-



gekommen entwickelten sie schon ihren eigenen Stil. Dieser unterliegt noch am ehesten den Einflüssen von Bands wie Green Day, Nirvana, Lagwagon, Story of the Year, Korn oder Sum 41. Diese verschiedenen Stile (Rock, Grunge, Punk-Rock, Emocore, Nu-Metal) lassen sich zusammengefasst am Besten als: EMO-ROCK bezeichnen.

Jedoch sollte diese Bezeichnung nur ein Überbegriff sein, denn jeder Song hat schlussendlich seinen eigenen Stil. Die Lyrics handeln von Themen wie Politik, Liebe, oder über Erlebtes der Bandmitglieder. Live wird immer mit 100% performt und somit steht einer jungen und extrem motivierten Band nichts mehr im Wege!



Exclusive=Winnie Seidinger (git), Kurt Scharfegger (bass), Heribert Prinz (drums), Bernhard Jakoubek (git, Voc), Eva Woldrich (perc, voc) Jachek Erika (perc, Voc)



Exclusive

(www.exclusive.at.tf)

Die Mürzer „Lokalmatadoren“ Exclusive präsentieren beim Gartenfest ihre persönliche Auswahl anspruchsvoller Rock&Popsongs mit ihrer Musik, ihren persönlichen Favourites aus den letzten 4 Jahrzehnten und ihren eigenen Nummern wollen sie uns so richtig einheizen, denn sie spielen für uns nur Songs, die sie selber gern hören - und nur das Echte lebt mit Power und Herzblut! Die Musiker von Exclusive haben zum Teil eine jahrzehntelange „Erfahrung“. Wer kannte nicht „Europe“ oder die „Backyard Buskers“. An „Hansa-PlastRosa“, die „Young Generation“, „Revolution“, die „Wanderers“ oder „Alcatraz“ können sich aber nur mehr wenige erinnern. Tatsache ist, dass bei ihnen die „Lust“ an der Musik erhalten geblieben ist.

Auf ihrer Homepage haben sie eindrucksvoll ihren Anspruch geltend gemacht: *denn we love rock'n roll, wir sind dreamer und knocking on heaven's door wollen wir euch mit unserem groove zum lochn, tanzn, singen und rearn bringen und wenn ihr dann still got the blues - don't stop soaking up the sun wie im summer of 69 und lasst uns rockin' all over the world und twisting by the pool und zum schluss noch ane smoke on the water.*

Baraduki

Der „Geheimtip“ des heurigen Programms ist Baraduki. Noch hält der Bekanntheitsgrad der Gruppe noch nicht mit jenen der einzelnen Musiker stand. Die Namen jener garantieren aber mit Sicherheit „Qualität“.

Baraduki sind vier MusikerInnen aus Mürzzuschlag, die mit Gitarren, Bass und auch selbstgebauten Rhythmusinstrumenten bestehende aber vor allem eigene



von oben links: Bernhard Reschny (guit) Richard Hausleber (voc. guit) Doris Glaser (bass) Karl "Jim" Maier (perc.)

Stücke zum Besten geben. Die Band legt sich nicht nur auf eine Musikrichtung fest, sondern bewegt sich von Funk - Rock- Reggae über Jazziges bis hin zu orientalischen Klängen, die zum Teil instrumental aber auch in Songs interpretiert werden.

Wir erwarten auf alle Fälle mit Spannung den Auftritt von Baraduki.



Nationalratswahl 2006 KPÖ tritt an

Mit einer offenen Liste zieht die steirische KPÖ in den Nationalratswahlkampf. Spitzenkandidat ist Franz Stephan Parteder.

Parteder: „Das

Beispiel von Ernest Kaltenegger, Elke Kahr und der anderen KPÖ-MandatarInnen, die einen Großteil ihres Politeinkommens für soziale Zwecke verwenden, zeigt, dass Politik in Österreich etwas anderes sein kann als die Selbstbedienung von Funktionären. Geben statt nehmen bedeutet aber auch gesellschaftliche Umverteilung. Deshalb treten wir für eine Kürzung der Politgehälter ein, wie sie die KPÖ im Landtag vorschlägt. Und wir fordern unter dem Titel Millionärssteuer eine Besteuerung des Geldvermögens der superreichen Oberschicht mit nur fünf Prozent Vermögenssteuer. Die ergäbe jährliche Steuereinnahmen von rund sechs Milliarden Euro.“



Franz Stephan Parteder, steirischer Spitzenkandidat der KPÖ

Zweck verwenden, zeigt, dass Politik in Österreich etwas anderes sein kann als die Selbstbedienung von Funktionären. Geben statt nehmen bedeutet aber auch gesellschaftliche Umverteilung. Deshalb treten wir für eine Kürzung der Politgehälter ein, wie sie die KPÖ im Landtag vorschlägt. Und wir fordern unter dem Titel Millionärssteuer eine Besteuerung des Geldvermögens der superreichen Oberschicht mit nur fünf Prozent Vermögenssteuer. Die ergäbe jährliche Steuereinnahmen von rund sechs Milliarden Euro.“

Schreiben Sie uns... Landtagsklub der KPÖ

Ernest Kaltenegger und die Abgeordneten der KPÖ im Steiermärkischen Landtag sind im Landhaus unter folgenden Nummern zu erreichen:

Ernest Kaltenegger: 0316 / 877 5106 ernest.kaltenegger@stmk.gv.at

Cladia Klimt-Weithaler cladia.klimt@kpoe-steiermark.at
Labg. Renate Pacher renate.pacher@kpoe-steiermark.at
Labg. Werner Murgg werner.murgg@kpoe-steiermark.at

BALD KEIN GELD MEHR Wohnbauförderung vor dem Kollaps?

Dem Land droht das Geld für die Wohnbauförderung auszugehen. Die Konsequenz: Weniger Wohnbau, höhere Mieten.

Wenn nicht rasch gegengesteuert wird, droht der „Wohnbauförderung in der Steiermark der Kollaps. Das aktuelle Landesbudget trägt zu einer weiteren Verschärfung der Lage bei“, warnt KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger. Hintergrund der Bedenken ist die vor 13 Jahren erfolgte Umstellung der Finanzierung von Landesdarlehen für private Wohnbaukredite. Vor diesem Zeitpunkt erhielten Wohnungswerber direkte Darlehen vom Land, die auch ans Land zurückgezahlt wurden. Seit 1993 erhalten Häuslbauer hingegen öffentliche Zuschüsse für einen privaten Bankkredit. Dadurch ist das Land langfristige Verpflichtungen eingegangen, die nun zum Nachteil reichen. Aktuell betragen die Verpflichtungen des Landes aus der Wohnbauförderung ca. 2,1 Milliarden Euro. Dazu kommen noch 1,8 Milliarden Euro, die wegen des Verkaufs von offenen Darlehen an die Banken gezahlt werden müssen. Bisher wurde die Wohnbauförderung mit Bundesmit-

teln und Rückflüssen aus gewährten Darlehen finanziert – letztere gehen nun allerdings an die Geldinstitute. Und im Budget 2006 zieht man unter dem Titel „Auflösung von Gebührensstellungen“ neuerlich Geld aus dem Wohnbaureport ab.

Alarmsignale

Ernest Kaltenegger: „Als Konsequenz aus dieser verfehlten Politik drohen für die Zukunft erhebliche



Einschränkungen beim geförderten Wohnungsneubau und bei der Förderung von umfassenden Sanierungen. Werden keine erschwierlichen, geförderten Neubauwohnungen mehr errichtet, folgt daraus unweigerlich eine Verschärfung der Lage auf dem Wohnungsmarkt, die letztendlich für alle zu höheren Mieten führen wird.“ Wie groß die Nachfrage nach Sozialwohnungen ist, erkennt man an der Tatsache, dass es in der Landeshauptstadt Graz mittlerweile mehr als 1.600 vorgemerkte Wohnungssuchende gibt. „Ein Großteil dieser Suchenden hat aus finanziellen Gründen auf dem sogenannten ‚freien Markt‘ keine Chance“, warnt Kaltenegger. Dem Land droht das Geld für die Wohnbauförderung auszugehen. Die Konsequenz: Weniger Wohnbau, höhere Mieten.

MHM

Mürzzuschlag Heute Morgen
Offenlegung laut Mediengesetz:
Laut §25, Absatz 2: Medieninhaber (Verleger) ist die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). Die KPÖ ist eine politische Partei, Gründungspartei der Republik Österreich.
Laut §25, Absatz 4: Die Blattlinie entspricht der politischen Linie der KPÖ Mürzzuschlag und der Gemeinderatsfraktion Liste Rosenblattl proMz
Impressum: MHM
Informationsblatt für Mürzzuschlag, Wienerstraße 148, 8680 Mürzzuschlag
email: kpoe@muerznet.at
Tel.: 03852 2453

NOCH GRÖßERE VERDIENER 2,3 Prozent mehr Geld in die Säckel der Politiker

Während die KPÖ weiter auf weniger Bezüge für Politiker drängt, bekommen diese nun eine Finanzspritze. SPÖ und ÖVP verweigern die Diskussion zu geringeren Bezügen für Politiker.

Politiker haben immer weniger mitzureden, wollen aber immer mehr kassieren“, ärgert sich KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Er hat kein Verständnis für die Erhöhung der Politikerbezüge ab 1. Juli 2006. Die Erhöhung um 2,3 Prozent orientiert sich an der Inflationsrate für 2005, wie es das Bezügebegrenzungs-gesetz 1997 fordert. Ausgangsbasis für die Berechnung ist der Bezug der Abegordneten im Nationalrat. Die KPÖ drängt auf geringere Bezüge. Allerdings wurde der Antrag der KPÖ auf Kürzung der Politikerbezüge um ein Drittel bereits zweimal nicht zur Behandlung im Landtag zugelassen. Die KPÖ fordert, dass sich Politikergehälter am gesetzlichen „Mindesteinkommen“ orientieren. Wenn der höchste Po-

litikerbezug in der Steiermark auf das Fünzehnfache dieses Werts beschränkt wird, würden die Landespolitiker ungefähr ein Drittel weniger verdienen als bisher. „SPÖ und ÖVP können sich dieser Diskussion nicht auf Dauer verweigern. Wer den weniger privilegierten Teilen der Bevölkerung eine Belastung nach der anderen verordnet, muss sich auch Kritik gefallen lassen. Durch die Auslagerung von Kompetenzen an die EU und durch Privatisierungen haben die Politiker immer weniger mitzureden. Trotzdem wollen sie immer mehr kassieren“, kritisiert Kaltenegger. Die KPÖ-Mandatare verwenden den Großteil ihres Politeinkommens für Hilfe. 2005 gingen 87.000 Euro an in Not geratene Menschen.

Was Politiker ab 1. Juli verdienen

Funktion	monatl. Bezug
Bundespräsident	22.134 Euro
Bundeskanzler	19.762 Euro
Vizekanzler mit Ressort	17.391 Euro
Nationalratspräsident	16.601 Euro
Minister	15.810 Euro
Landeshauptmann Steiermark	15.020 Euro
Landeshauptmann Stv.-Stmk	14.229 Euro
Landesräte	13.439 Euro
Volksanwalt	12.648 Euro
Präsident des Landesschulrats	7.905 Euro
Nationalratsabgeordnete	7.905 Euro
Landtagsabgeordnete Steiermark	5.138 Euro
Bürgermeister Graz	12.242 Euro
Leiter Landesrechnungshof	8.300 Euro

Die steirischen Politikerbezüge werden nach dem Landes-Bezügegesetz geregelt und liegen dezent unter den möglichen Höchstgrenzen. Wenn ein Politiker Anspruch auf mehrer Bezüge hat, gebührt ihm „nur“ der höchste Bezug.

Verkehrsverbund: Kindesweglegung



Von KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger

Einen Fall von Kindesweglegung gibt es aus der steirischen Landespolitik zu melden: Niemand will für die mit Juli angekündigte Fahrpreiserhöhung beim Verkehrsverbund verantwortlich sein! Weiter nicht verwunderlich, schließlich ist es nicht gerade populär, wenn gerade umweltbewusste Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel schon wieder tiefer in die Tasche greifen sollen. Feinstaub hin oder Feinstaub her! SPÖ und Grüne versuchen sich mit Anträgen im Landtag zu übertreffen, in denen die Rücknahme der beabsichtigten Preiserhöhung verlangt wird. Eine durchaus lobenswerte Sache, die leider einen großen Schönheitsfehler hat. Auf diesen stößt man, wenn man sich anschaut, wie es überhaupt zu diesem Hinaufschnalzen der Preise kommen kann. Schließlich hatte das Land beim Verkehrsverbund immer ein gewichtiges Wort mitzureden. Aber diese Möglichkeit hat sich der Landtag vor etwas mehr als einem Jahr selbst genommen. Mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und Grünen wurde ein neuer Vertrag mit dem Verkehrsverbund beschlossen. Genau dieser ermöglichte nun den Verkehrsunternehmen an der Tarifschraube zu drehen. Seitens der Politik zeigt man sich plötzlich überrascht, dass so etwas nun tatsächlich geschieht. Als ob man keine Ahnung habe, was in dem Vertrag steht, den man selbst beschlossen hat. So sieht eine politische Kindesweglegung aus. In den nächsten Wochen wird es sich zeigen, wie ernst es vor allem der Landeshauptmannpartei ist, wirklich etwas gegen die Fahrpreiserhöhungen zu unternehmen. Auf eine fehlende Mehrheit im Landtag wird man sich wohl nicht ausreden können.

Eurofighter - Nein danke

KPÖ Ltg
Claudia Klimt-Weithaler



Die Finanzierung des Eurofighter-Deals durch die Republik Österreich liegt in den Händen der BAWAG-PSK. Das passt zusammen: Die Abfangjäger sind sündteuer, der Kaufvertrag ist dubios und die Bevölkerung muss zahlen.

Das alles ergibt nur dann einen Sinn, wenn man weiß, dass die Eurofighter am Standort Zeltweg genau in das Konzept der Euro-Armee passen. Deshalb sagen wir weiterhin Nein zu den Eurofightern.



Rosamarie Zink,
Gemeinderätin
proMZ

Wer die Wahl hat, hat die Qual

Vier lange Jahre haben Schüssel und sein Team mit Duldung des „großen Zampano“ aus Kärnten zu ihrem eigenen Besten, leider nicht zum Wohle Österreichs, das Schicksal unseres Landes in die Hand genommen.

Nun ist es wieder so weit! Im Herbst dieses Jahres wird die Majestät, der Wähler, wieder zu den Urnen gerufen und der Wähler darf bestimmen, wer unser Land die nächsten vier Jahre regieren soll. Doch wer soll es sein? Weit und breit kein vifer Kopf zu finden, dem man zutrauen kann, dass er die Probleme unseres Landes wirklich meistern kann und will. Der nicht nur auf sein eigenes Geldbörsel schaut, sondern auch das Wohl der mehr als 7 Millionen Bürger im Auge hat.

VP-Schüssel

Eines steht fest: Schüssel unser GRÖKAZ (größter Kanzler aller Zeiten) war es nicht: und sollte es auch die nächsten vier Jahre nicht mehr sein!

Denn wir Österreicher haben genug von Eigenlob (Eigenlob stinkt), Glorifizierung seiner (Un-)Taten und Selbstbeweihräucherung. Weihrauch vernebelt den nötigen Weitblick, der einem fähigen Staatsführer zu Eigen sein sollte.

Aber es wäre weit gefehlt zu behaupten, dass er nichts getan hat in all den Jahren. Den Kuchen unseres Bruttonationalprodukts (BNP) hat er sehr wohl verteilt, wie eine „treu sorgende Mutti den Geburtstagskuchen“. Seinen Freunden, Parteifreunden und Schmeichlern hat er hurtig die größten Stücke zugeschoben; um die kleinsten Stücke und die übrig gebliebenen Bröseln durfte sich der Rest der Bevölkerung balgen.

Seine Statements im Rahmen seiner von Eigenlob triefenden „Reden zur Nation“ klingen uns noch im Ohr. „Uns ist eine gute Lösung gelungen“, „wir haben gute Arbeit gemacht“. Gut für wen? Darauf blieb er die Antwort schuldig.

SP-Gusenbauer

Wer sollte es besser machen? Die Sozialdemokraten, die sogar im Parteinamen das Wort „sozial“ verankert haben? Herrn Gusenbauer fällt zu Schüssels Schnitzern auch nichts ein. Außer ein paar Schlagworten haben auch die „Roten“ kein Konzept parat.

Sie haben keine Skrupel Gelder nicht widmungsgemäß zu verwenden (Verzetsnitsch verpfändete Gewerkschaftsgelder für dubiose Geschäfte), sie genehmigen sich Pfründe (ein Herr Elsner, als Generaldirektor wohl wissend um die katastrophale Lage der BAWAG, ließ sich horrenden Zahlungen

von seinen Co-Direktoren bzw. dem Aufsichtsrat genehmigen), und sie sind beim Zuschauern von gut dotierten Ämtern auch nicht kleinlich.

Haider-Strache

Blau und Orange, die kleinere Regierungspartei, die nicht einmal vom Volk gewählt wurde (Verfassungsrechtler stufen diesen Zustand als bedenklich ein), sind mit innerparteilichen Quereulen beschäftigt. Da wird um Finanzen, um die Schulden gestritten. Sie sind hauptsächlich mit Schuldzuweisungen beschäftigt. Für ein wirklich konstruktives Planen für die Zukunft Österreichs bleibt da keine Zeit.

Was bleibt übrig?

Eine Alternative sind die Kommunisten, denn die haben Vorzeigepolitiker, die beweisen, dass es auch anders geht. Sie verzichten auf große Teile ihres Politikereinkommens zu Gunsten eines Sozialfonds, aus dem wirklich jene bedacht werden, die durch das immer weitmaschiger werdende Sozialnetz fallen. Sie zeigen auf, wo es im Hause Österreich mangelt. Und sie arbeiten tatkräftig an Problemlösungen mit, wo andere nur Lippenbekenntnisse („...in diesem Bereich müsste etwas geschehen“) abgeben. Vor allem bei der Bekämpfung der Armut im Lande sind sie federführend.

Geben wir ihnen eine Chance ihre Ideen und Projekte zu realisieren. Die nächsten Nationalratswahlen kommen bestimmt.

Rosamarie Zink

Irren ist menschlich

Ich versuche immer korrekt und objektiv zu berichten, leider ist mir im letzten MHM ein Fehler unterlaufen.

Ich über eine gelungene Modenschau in Mürzzuschlag berichtet. Dabei habe ich auch die HAK-Schüler gelobt, die „selbst entworfene Kleider“ vorführten. Leider habe ich mich geirrt. Diesen Irrtum möchte ich hiermit berichtigen.

Die Entwürfe stammten von zwei wirklich kreativen jungen Leuten: Hr. Armanii Abgaryan und Fr. Tina Okradze

Die 20-jährigen sind junge Asylwerber, die liebend gerne ihren Lebensunterhalt selbst verdienen möchten, und niemandem zur Last fallen wollen.

Hr. Abgaryan ist Armenier und Fr. Okradze stammt aus Georgien. In diesen beiden Ländern herrschen durch Bürgerkrieg sehr verworrene

Verhältnisse. Die beiden jungen Leute haben aus politischen Gründen ihr Land verlassen müssen.

Nur unsere ganz alten Mitbürger können ermessen, was es heißt in einem vom Bürgerkrieg geschüttelten Land eine andere Meinung zu vertreten, denn auch bei uns haben in den 30-er Jahren solche Verhältnisse geherrscht.

Sie sind also keine „Schmarotzer“ wie Herr Haider und ein Herr Strache unsere Asylanten immer wieder bezeichnen. Sie haben ihr Land verlassen müssen um ungerechtfertigten Verfolgungen zu entgehen.

Wie die Modenschau bewiesen hat, sind die beiden sehr tüchtige, kreative Menschen und sie sind bereit jede Arbeit anzunehmen, die ihnen geboten wird. Helfen wir ihnen!

Rosamarie Zink



Peter Scherz ist der Vertreter des Gewerkschaftlichen Linksblocks (KPÖ-Fraktion) in der steirischen Arbeiterkammer und einer der Spitzenkandidaten der KPÖ bei der kommenden Nationalratswahl. Er kritisierte schon vor Jahren die undurchsichtigen Finanzen des ÖGB.





In welchem erbärmlichen Zustand...

Nein liebe Leserinnen und Leser der MHM, damit meine ich nicht meinen eigenen, der nach einem Arbeitsunfall mit Serienrippenbrü-

chen, einem Schlüsselbeinbruch und schweren Prellungen auf der linken Körperhälfte, halbwegs glimpflich überstanden wurde, sondern den Zustand von der SPÖ/ÖGB/BAWAG!

Milliarden wurden von Möchtegernmanagern verludert, Streikgelder in unverschämter Art und Weise zweckentfremdet und eine Abfertigung an einen Bankchef gezahlt, dass man glauben möchte, dieser habe das gesamte österr. Bankwesen und deren Arbeitsplätze gerettet und nicht wie es in Wirklichkeit war, eine Bank an den Rand des Abgrund's getrieben hat!

Wie Sie sicher wissen, geht es um Ex-BAWAG Chef Elsner, der wie kürzlich bekannt wurde, eine Pensionsabfindung von sage und schreibe 93 Millionen Schilling bekommen hatte! 93 Millionen Schilling für ein Management, dass „der Sau graust“ – dazu ein Penthouse um einen Bettel samt großzügiger Einrichtung um 300.000 Euro! Finanziert alles von jener Bank, die nun am Abgrund steht – mir bleibt da fast die Spucke weg...

Gewusst von diesen skandalösen Vorfällen haben nur Ex-ÖGB Boss Fritz „das Bummer!“ Verzetnitsch und Ex-Aufsichtsratsboss Weninger!

Bleibt nur die Frage, was der restliche Aufsichtsrat die letzten Jahre zu tun hatte – außer das Händchen aufzuhalten um fürstlich bezahlt zu werden? Von den anderen Aufsichtsräten hörte man in letzter Zeit nur Kommentare wie: „davon haben wir nichts gewusst!“

Ein Aufsichtsrat ist aber dazu da,

den Betrieb zu kontrollieren und eben dies, was in der BAWAG geschah, rechtzeitig zu verhindern! Da lass ich Ausreden a la „wir haben nichts gewusst“ nicht gelten!

Die SPÖ im Jahre 2006 ist für mich in einem erbärmlichen Zustand! Anstatt sich endlich zurückzubekümmern, wofür eine Arbeiterpartei (aber das ist sie leider längst nicht mehr) eigentlich stehe, zahlt sie lieber – oder besser gesagt, sie (SPÖ) lässt zu - dass Millionenabfertigungen an unfähige Manager bezahlt werden!!! Und dies alles auf Kosten der BAWAG-Mitarbeiter – die einem Leid tun können – und der Steuerzahler!

Bleibt nur mehr die Frage, wer denn hier überhaupt der „bessere“ Kapitalist sei – die ÖVP oder die SPÖ?

Zum Ende möchte ich mich bei den Mürzern bedanken, die mir so zahlreich ihre Genesungswünsche nach Schwechat übermittelt haben – DANKE!
Wilfried Hintergräber

Brauchen wir – in Zeiten wie diesen – starke Gewerkschaften nicht nötiger denn je?

Noch Ende des 19. Jhdts. waren Arbeiter unternehmerischem Willen fast schutzlos ausgesetzt, ein Umstand, der härteste Arbeitsbedingungen mit bis zu 16 Std. Arbeitszeit und Hungerlöhnen mit sich brachte. Erst das Entstehen von Interessensvertretungen im Dienste sozialerer Arbeitsbedingungen änderte schrittweise diese Situation. Mit zunehmender Organisationsstärke auf politischer, gewerkschaftlicher und betrieblicher Vertretungsebene gewannen auch Forderungen nach sozialeren Arbeitsbedingungen an Gewicht. – Die Gründung eines einheitlichen überparteilichen Gewerkschaftsbundes 1945 war dann eine endgültige Absicherung. Durch seine Stärke im System der österreichischen Sozialpartnerschaft konnten die Errungenschaften der Wiederaufbauzeit und des danach folgenden wirtschaftlichen Aufstiegs Österreichs auch an die Arbeitnehmer weiterverteilt werden. Dazu gehörte auch als ökonomischer Rückhalt der Arbeitnehmerorganisation die BAWAG.

Die Leistungen der BAWAG gingen aber darüber noch hinaus, da sie jahrzehntelang gerade den „kleinen Sparern“, oft günstigere Spar- und Kreditkonditionen eingeräumt hatte.

Mit dem Niedergang der Sozialdemo-

kratie, als moralische und den „kleinen Leuten“ verpflichtende Organisation, wurde durch ihre Funktionäre nicht nur die von Viktor Adler gegründete Arbeiterzeitung liquidiert, bei den Konsumgenossenschaften der Strukturwandel im Einzelhandel verschlafen, sondern man begab sich mit der BAWAG in Spekulationsgeschäfte, die unter extrem hohem Risikoeinsatz im Sinne des Casinokapitalismus in die Pleite führten.

Das Schlimme daran ist, dass offenbar blauäugige Spitzenfunktionäre in den Aufsichtsgremien, sowohl was ihr kommerzielles Wissen, ihre ethischen Maßstäbe (warum investierte man nicht in Osteuropageschäfte statt in die Karibikgeschäfte?) als auch ihr Gefühl für transparente demokratische Entscheidungen betrifft, völlig versagt haben. Dabei sind sie einigen „wahren roten Kapitalisten“ hilflos(?) auf den Leim gegangen.

Es ist auch ein Versagen demokratischer Kontrollfunktionen, dass hier so abgehoben agiert werden konnte.

In einer globalen Wirtschaft versagen die biederen langjährig gehaltenen Verhaltensmuster mit Entscheidungen im kleinen Kreis hinter verschlossenen Türen und der Mentalität „es wird schon gehen“ – „wir müssen es nur aussitzen“.

Das Dramatische daran ist, dass damit eine Institution fahrlässig bis in ihre Grundfesten geschwächt worden ist, obwohl deren Funktionieren heute wichtiger denn je wäre! (Arbeitsplatzsicherung, Arbeitsplatzumstrukturierung, mit intelligenten sozialverträglichen Lösungen eingehen auf neue Bereiche der Wirtschaft, „neue Selbständige“, marginalisierte Gruppen am Rande bzw. schon außerhalb des Arbeitsmarktes stehend). Es gibt viele dieser Probleme, die zu wichtig sind, um sie mit populistischen Phrasen kurzfristig für Wahlkämpfe abzuhandeln.

Wir befinden uns in einem immer schneller werdenden Strukturwandel, dessen erfolgreiche Bewältigung wesentlich sein wird für den Lebensstandard der nächsten Generation.

Vielleicht ist es dazu notwendig auch die Gewerkschaftsbewegung von Seiten der Betroffenen, also von unten, zu reorganisieren wie es eine Initiative, die sich des neuen Mediums Internet bedient, anstrebt.

www.zeichensetzen.at

Mag. Degenhart Christina



Sparmarkt Potz wandert ab:

Nahversorgung der Bevölkerung sicherstellen!

Das Spargeschäft in der Wienerstraße soll geschlossen werden. Spätestens in den ersten Monaten des kommenden Jahres eröffnet die Handelskette Spar in der Nähe des Automarktes Forstinger (Gemeinde Spital/ Semmering) ein neues Geschäft. Damit verläßt einer der letzten Nahversorger unser Stadtgebiet. Dies stellt nicht nur die ältere Bevölkerung, die zum Großteil nicht mobil ist vor große Probleme.

Probleme für ältere Menschen

Die Abwanderung bedeutet aber auch für die „restliche“ Bevölkerung eine Einbuße an Lebensqualität. Ob die Kindergarten- oder Schuljause, die „vergessene“ Milch oder auch die Wurstsemmel zwischendurch, wird es in der Wienerstraße bald nicht mehr geben. Seit „undenklichen“ Zeiten gab es in diesem Stadtteil ein Geschäft.



Längste Zeit betrieb der Konsum neben dem „Fleischhüttl“ eine Lebensmittelfiliale. Mit dem „Aus“ des Konsums übernahm der Sparkaufmann Potz das Geschäft und führte es - bis jetzt.

Gemeinde muss initiativ werden

Gemeinderat Franz Rosenblattl: „Wir erleben in Mürzzuschlag ein ständiges Zusperrten von Geschäften. In diesem Fall ist es aber noch problematischer, geht es doch hier um die Grundversorgung der Bevölkerung. Die Abwanderung auf die grüne Wiese wirkt sich hier besonders negativ aus.“

Es wäre die Aufgabe der Gemeinde, speziell in dieser Frage, endlich initiativ zu werden. Geht es hierbei ja nicht nur um die Versorgung der Bewohner, sondern auch um eine weitere Abwanderung von Arbeitsplätzen und den damit verbundenen Mindereinnahmen für den Gemeindehaushalt.

SOMMERFERIEN 2006

Ferienstpaß mit Kinderland



Reiten
Schwimmen
Fußball
Wandern
Olympiade
Disco
Karaoke
Theater
Pyjamaparty



Das Feriendorf am Turnersee in Kärnten (oben) und die Kinderland Villa in St. Radegund (rechts)

Auskunft:
Mürzzuschlag Franz Rosenblattl 0664 6171317
Hönigsberg Heinz Wimmeler 30353